

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1922

138 (22.3.1922) Abendausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Fachblatt / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Bezugs-Preise:
 In Karlsruhe: Im Verlage und in den Buchhandlungen abgeholt monatlich M. 15.—, frei ins Haus geliefert M. 18.—.
 Auswärts: Von unseren Agenturen bezogen M. 18.—. Durch die Post einzeln, Aufschlag 50 Pf. —.
 Einzelnummer 60 Pfennig.

Anzeigen:
 Die 1. Spalte 10 Pfennig, 2. Spalte 8 Pfennig, 3. Spalte 6 Pfennig, 4. Spalte 4 Pfennig, 5. Spalte 3 Pfennig, 6. Spalte 2 Pfennig, 7. Spalte 1 Pfennig, 8. Spalte 1 Pfennig, 9. Spalte 1 Pfennig, 10. Spalte 1 Pfennig.

Am Freitag höherer Gehalt hat der Arbeiter keine Ansprüche bei Verpächtern oder Mieterinnen der Zeitung.

Einatum und Verlag von Ferd. Thierarten.
 Chefredakteur:
 Dr. Walter Schneider.
 Verantwortliche Redakteure: Für deutsche und auswärtige Politik: Dr. Schneider, für Theater, Kunst und Wissenschaft: H. Rüdiger, für lokale Angelegenheiten und Sport: H. Schneider, für die „Wochenzeitung“: E. Dr. W. Schneider, für Anzeigen: H. Winterspacher, alle in Karlsruhe.
 Berliner Redaktion:
 Dr. Kurt Meißner.
 Fernredaktion:
 Geschäftsstelle: Nr. 86, Redaktion: Nr. 309 und 319.
 Geschäftsstelle:
 Brief- und Sammler-Off. nicht Kostentragend und Karlsruher Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8358.

Deutschland unter Kuratel.

Die Forderungen für Stundungsgewährung.

Ueber die Entscheidung der Reparationskommission meldet das Wolff-Büro noch weiter:
 Hinsichtlich der Finanzreform erklärt die Reparationskommission in einem an den Reichsminister gerichteten Schreiben, daß das Steuerkompromiß weder den Verprechungen Deutschlands, noch seiner Zahlungsmöglichkeit entspreche (!!!). Die Reparationskommission stelle daher in klarster Weise fest, daß sie eine tiefergehende Finanzreform und ein Ausgeben der bisher begangenen Zertümler erwarte. Das Budget der aus dem Friedensvertrag entstehenden Lasten lasse ein Defizit von 171 Milliarden Papiermark bestehen. Der parlamentarische Ausschuss, der heute von der Reparationskommission für die Zahlungen des Jahres 1922 gewählt worden sei, werde dieses Budget um etwa 45 Milliarden vermindern, aber die Budgetberechnung sei zu einem Kursjahre von 70 Papiermark für eine Goldmark gerechnet, während der Tageskurs 70 Papiermark sei. Das Nettodefizit von 126 Milliarden werde also weit überschritten werden, es sei denn, daß eine wesentliche Verbesserung des Wertes der Papiermark eintrete. Es sei erklärt worden, daß das Reich sich anstrengen müsse, eine innere Zwangsanleihe aufzulegen, aber der Reparationskommission sei kein Plan vorgelegt worden, der befriedigende Garantie dafür biete, daß den Verpflichtungen Genüge geleistet werden könne. Deshalb sei die Reparationskommission der Ansicht, daß die Lasten aus dem Friedensvertrag progressiv und schnell in das Budget aufgenommen werden müßten und zwar in dem vollen Maße, in dem die Einkünfte Deutschlands es gestatteten, und daß das Kapital Deutschlands die übrigen Lasten aufbringen müßte, entweder auf dem Wege der Anleihe oder der direkten Besteuerung.
 Die Reparationskommission sei der Ansicht, daß schon das Budget von 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen decke und der andere Teil durch eine Kapitalsteuer aufgebracht werden müsse. Um die Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die heutige Entscheidung getroffen worden.

Vorbereitungen für Genua.

J. Paris, 21. März. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Wie der „Information“ aus Genua gemeldet wird, gehen die Vorbereitungen für die Genuaer Konferenz lebhaft weiter. Ende März wird alles fertig sein. Mit den größeren Städten Europas und Amerikas sind schnelle Verbindungen hergestellt worden. Das Postministerium erhielt hierfür einen Kredit von 11 700 000 Litres. Der Gemeinderat von Genua stellte den Palais Patrone, der 300 Meter vom Tagungspalast entfernt liegt, den Journalisten zur Verfügung und richtete für sie ein Hotel mit 200 Zimmern und verschiedenen Salons ein.

Deutsche Sachverständigen-Ausschüsse.

m. Berlin, 22. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die „B. Z.“ meldet: Die Hauptdelegation von Genua wird von mehreren Sachverständigenauschüssen begleitet sein. Es werden Ausschüsse für die verschiedenen Zweige des europäischen Wiederaufbaus: Wirtschaft, Finanzen, Handels- und Bankwesen, Transport usw. gebildet werden. Ueber die Persönlichkeiten, die in diese Ausschüsse ernannt werden, ist noch nichts endgültiges beschlossen.

Die Orient-Konferenz.

J. Paris, 21. März. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Zur Teilnahme an der beginnenden Orient-Konferenz am Quai d'Orsay ist Außenminister Schanzer, ebenso der italienische Botschafter in London, de Martino, mit einem großen Stabe Mitarbeiter bereits gestern Abend hier eingetroffen. Lord Curzon ist heute Morgen aus London abgereist und im Laufe des Spätnachmittags in Paris eingetroffen. Hjet Pasha und Kemal Bei hatten vor ihrer Abreise noch eine letzte Unterredung mit dem englischen Außenminister, der den Abschluß eines Waffenstillstandes zur Vorbereitung für die Orient-Konferenz gemacht haben soll. Kemal Bei soll erwidert haben, dazu nicht die genügenden Vollmachten zu haben. Verschiedene französische Blätter vertreten die Ansicht, daß die Orient-Konferenz eine vollständige Revision des Vertrags von Sèvres bedeute, worauf auch Lord Curzon hinzuwirken könne. Ueber die zwischen Briand und der Regierung von Anzora getroffenen Abmachungen haben England und Italien genaue Aufklärungen verlangt, besonders auch darüber, inwieweit sich Poincaré durch seine Abmachungen nach Osten gebunden hat. Die Dauer der Konferenz wird auf mindestens 8 Tage geschätzt.

Englands Verben um Indien.

A. London, 21. März. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der Prinz von Wales verläßt in diesen Tagen Indien, um an Bord des Schlachtschiffes „Renown“ seine Reise nach Japan fortzusetzen. Die englische Presse beschäftigt sich bei dieser Gelegenheit mit dem Erfolg seines Aufenthaltes in Indien. Das bekanntlich Lord George nachsehende „Daily Chronicle“ führt in einem Artikel aus, daß die Anwesenheit des englischen Thronfolgers, der sich durch sein Auftreten und sein ganzes Wesen überall Sympathie erworben habe, von unberechenbarem Nutzen für das Reich gewesen sei. Das Blatt geht sogar soweit zu behaupten, daß die Anwesenheit des Prinzen wahrscheinlich eine noch größere Katastrophe als die des Jahres 1857 verhindert habe. Ganz im Gegensatz hierzu schreibt der „Daily Express“, daß es keinen Zweck habe, sich der Teilnahme zu verweigern, daß es dem Prinzen trotz des Reiches seiner Persönlichkeit nicht gelungen sei, die Vorurteile der indischen Bevölkerung zu überwinden. Kein Mensch, auch der Prinz von Wales nicht, könne das Unmögliche erreichen. Es sei vielleicht besser gewesen, man hätte den Prinzen in dieser kritischen Zeit nicht mit der indischen Mission beauftragt. Trotzdem verdiente der Prinz natürlich den Dank des Reiches. Diese beiden Pressestimmen sind ein neuer Beweis für die grundlegenden Unterschiede in den Anschauungen der Liberalen und Unionisten.

1. Was das Budget

betreffe:
 a) Alle in der Note der deutschen Regierung vom 28. Januar angeführten Maßnahmen, für die ein Zeitpunkt festgesetzt worden sei, müßten zu dem festgesetzten Datum ergriffen werden. Sollte diese Frist nicht aus dem Augenblick eingehalten werden, dann müßten die Maßnahmen innerhalb 14 Tagen erfolgen.
 b) Die neuen Steuern und Lasten, die im Programm vom 26. Januar 1922 aufgeführt seien, und die in Deutschland unter dem Namen „Steuerkompromiß“ bekannt seien, müßten vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt sein.
 c) Die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Zuschlag von 20 Prozent ausarbeiten und in Kraft setzen, durch den im Laufe des Budgetjahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark zusätzlich der Einnahmen, die das ganze Budget vorsehe, erbracht werden. Dieser Zuschlag müsse vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt sein und müsse den Eingang von 40 Milliarden Zusatzeinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicher stellen.

2. Was die Kontrolle

anbetreffe:
 a) Alle gesetzgeberischen und Verordnungsmaßnahmen auf Grund der getroffenen Entscheidung der Reparationskommission sind dieser sofort mitzuteilen. Die Reparationskommission wird durch den Garantieauschuss eine ziemlich umfangreiche Kontrolle ausüben lassen, damit sie in jedem Augenblick genaue Rechenschaft über die genaue Ausführung der Steuererhebung, namentlich über den Eingang der Steuern, ablegen könne. Die Entscheidungen der Reparationskommission erstrecken sich auch auf die Ausgabenverminderung. Hierbei sei vorgelesen, daß im April eine Revision des Ausgabenbudgets erfolgen soll. Außerdem wird verlangt, daß bis zum 30. April das Projekt einer inneren deutschen Anleihe vorgelegt und in das Studium der Vorbereitungen für die Auflegung einer äußeren Anleihe eingetreten werde.

Attentat auf den chinesischen Gesandten in Paris

J. Paris, 21. März. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der chinesische Gesandte in Paris, Chen-Lu, wurde heute durch eine auf ihn abgefeuerte Revolverkugel am Kopf verletzt. Der Chauffeur glaubte, daß ein Reifen geplatzt sei und fuhr noch ungefähr 50 Meter weiter. Der Gesandte ließ den Wagen halten und dann bis zu der Stelle zurückfahren, wo die Schüsse gefallen waren. Er fand dort den chinesischen Konsul Vitkin vor, der den Täter gesehen hatte. Nach der Aussage Vitkins hat ein Chinese vier Revolverkugeln auf das kleine Hinterfenster und die rechte Seite des Wagens abgegeben und darauf die Flucht ergriffen. Der Gesandte wurde in ein Krankenhaus verbracht, wo die Kugel durch Operation entfernt wurde.

Ueber die Einzelheiten erfahren wir noch folgendes: Der chinesische Gesandte befand sich mit seiner Gattin und einem Freunde, einem chinesischen Ingenieur in einem Automobil, von einer Abendgesellschaft kommend, als plötzlich vier Revolverkugeln von hinten auf das Automobil abgefeuert wurden, die den Ingenieur am Kopf verletzten. Der Gesandte selbst blieb unversehrt. Der Attentäter ist ein chinesischer Student, Li Ho Ling, und hat sich heute Vormittag um 11 Uhr selbst der Polizei gestellt. Das hiesige chinesische Konsulat weiß bis jetzt noch nicht, ob es sich um einen Akt des Bolschewismus handelt oder um ein persönliches Attentat, da anlässlich der chinesische Gesandte die hiesigen Studenten besonders schlecht behandelt haben soll.

Einverleibung Posen in Polen.

U. Warschau, 22. März. (Drahtbericht.) Entsprechend dem Beschluß des Ministerrates in der Angelegenheit der Annexion des ehemals preussischen Teilgebietes sind die Vertreter des Innenministeriums nach Posen abgereist, um die Verwaltung der inneren Angelegenheiten zu übernehmen. Diese Aufgabe bildet das letzte Glied im Werke der Vereinigung des ehemals preussischen Teilgebietes mit der polnischen Gesamtpolitik.

Das Ende der Sozialisierungskommission.

U. Berlin, 22. März. (Drahtbericht.) Bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums im Hauptauschuss des Reichstages beantragten sämtliche bürgerlichen Parteien die Streichung der Etatmittel (1/2 Million Mark) für die Sozialisierungskommission. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß diese Kommission sich über den Rahmen des ihr zugewiesenen Arbeitsgebietes hinaus mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt habe, die in dem Bereich des Reichswirtschaftsrates gehörten. Die ohne Parlamentsbeschluß ins Leben gerufene Sozialisierungskommission passe nicht ins parlamentarische System. Außerdem sei sie einseitig zusammengesetzt. Von sozialistischer Seite wurde schärf gegen die Wochschaffung der Sozialisierungskommission Stellung genommen und insbesondere betont, daß der vorläufige Reichswirtschaftsrat seiner ganzen Zusammenfassung und auch seiner bisherigen Tätigkeit nach bewiesen habe, daß er nicht fähig sei, die Probleme der Sozialisierung durchzuführen. Staatssekretär Dr. Gitzel vom Reichswirtschaftsministerium gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich bei der endgültigen Gestaltung des Reichswirtschaftsrates Mittel und Wege finden werden, um die Funktionen des Reichswirtschaftsrates und der Sozialisierungskommission miteinander zu verbinden. Der Hauptauschuss beschloß, den Titel „Sozialisierungskommission“ als künftig fortfallend zu bezeichnen.

Personabverminderung in der Reichsbahn.

U. München, 22. März. (Drahtbericht.) Am letzten Samstag sind im Eisenbahndirektionsbezirk München 460 Arbeitern die Entlassungsschreiben übergeben worden.

am. Detmold, 21. März. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der gesamte Redaktionsstab — fünf Mann — der „Detmolder Tageszeitung“ ist heute Abend wegen Differenzen mit dem Vorstand und Aufsichtsrat in den Streik getreten.

Umschau.

Die Reparationskommission hat ihre Entscheidung über das sogenannte Moratorium, das zu Ende des vergangenen Jahres von der deutschen Reichsregierung beantragt worden ist, nun endlich abgeschlossen und die Periode der zehnjährigen Einunddreißig-Millionen-Zahlungen dürfte ihrem Abschluß entgegen gehen.

Es ist bei den Ziffern geblieben, die seit Cannes schon ziemlich allgemein in Rechnung gestellt worden sind, nämlich bei 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen. Das ergibt zusammen 2170 Millionen, also mehr als ein Viertel weniger als der Betrag, der dem Ultimatum vom Mai vorigen Jahres zufolge eigentlich hätte entrichtet werden sollen. Insofern bedeutet das Moratorium eine Erleichterung und einen Erfolg, aber es wäre falsch, diese relative Erleichterung als absolute zu bewerten, diesen ersten Schritt als einen letzten und entscheidenden aufzufassen.

Zunächst ist festzustellen, daß sich der Nachschuß nur auf das eine Jahr 1922 bezieht, nach dessen Ablauf also vorerst wieder mit der ursprünglich fixierten Summe gegen uns aufzutreten werden kann; und wenn diese Forderung auch dann zweifellos unerfüllbar sein wird, so wird ihre Möglichkeit inzwischen doch auf der Beurteilung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse lasten und wird den sonstigen Ursachen unserer Geldentwertung und unserer mangelnden Kreditwürdigkeit hinzugefügt werden. Abgesehen davon ist aber auch eine Summe von 2170 Millionen Goldmark im laufenden Jahre vielleicht zwar flüssig zu machen, aber nur auf Kosten einer ins Unheimliche gesteigerten Anspannung des Devisenmarktes einerseits und der Notenpresse andererseits, die beide notwendigerweise in einer neuen unerträglichen Entwertung der Mark ihren Ausdruck finden wird. Wir wissen, daß der deutsche Reichsstat für das laufende Jahr Friedenslasten in einer Gesamthöhe von 183 Milliarden Papiermark vorsieht, darunter eben jene 2170 Millionen Goldmark (zu einem Dollarkurs von 200, in Papiermark umgewandelt) und nächst dem die Befähigungskosten, Ausgleichsummen usw., die auch nach den Bestimmungen des Moratoriums noch zu eben den eigentlichen Reparationskosten einher gehen sollen. Schon für diese 183 Milliarden Papiermark war keine volle Deckung zu finden, weder in laufenden Einnahmen aus bereits bis zur Grenze des Möglichen erhöhten Steuern, noch in einmaligen Liquidationen wie der Zwangsanleihe. Bei dem inzwischen von zweihundert auf rund dreihundert emporgeschrittenen Dollarkurs wird sich die im Etat vorgesehene Summe aber noch um rund ein Drittel erhöhen, und da es ausgeschlossen ist, daß auch die Einnahmen eine entsprechende Steigerung erfahren könnten, wird das ungedeckte Defizit also noch über seine veranschlagte Höhe answachsen. Die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit ist tatsächlich auch mit den Moratoriumforderungen noch überschritten, und die Folge davon wird sich im Laufe des Jahres sehr greifbar in der Balanzenentwicklung zeigen.

Die Reparationskommission hat sich trotz aller Mühe, die von deutscher Seite dafür aufgewandt worden ist, von der Uebermäßigkeit auch dieser verringerten Forderung nicht überzeugen lassen. Sie steht im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß nicht ihre Forderung übertrieben, sondern das Finanzprogramm der deutschen Regierung unzulänglich sei. Und aus diesem Gesichtspunkt heraus ist der zweite wichtige Punkt ihres Moratoriums zu verstehen, der Punkt, der es der deutschen Regierung noch einmal zur Pflicht macht, ein neues und zureichendes finanzielles Reformprogramm vorzulegen, andernfalls die lang angebotene finanzielle Kontrolle Deutschlands tatsächlich durchgeführt werden soll. Nach allem, was den ausländischen Blättern zu entnehmen ist, scheint es sich bei dieser Klausel um ein Kompromiß zwischen England und Italien einerseits und Frankreich andererseits zu handeln, von denen die ersteren eine Finanzkontrolle überhaupt zu vermeiden wünschten, während Frankreich auf ihre sofortige Einführung drang. Das Zustandekommen eines Kompromisses, das mit der Finanzkontrolle droht, falls bis zu einem noch nicht bekannten Tage kein befriedigendes Reformprojekt der deutschen Regierung vorliegt, steht jedenfalls aber bei allen Mitgliedern der Reparationskommission die Ansicht voraus, daß die bisherigen Maßnahmen Deutschlands ungenügend seien. Und hierin liegt das eigentliche Bedenkliche. Denn wir in Deutschland wissen unsfererseits ganz genau, mit welchen Schwierigkeiten schon das Zustandekommen des letzten Steuerkompromisses verknüpft war und wir sehen beim besten Willen keinen Weg, wie neben den jetzt mühselig erschlossenen Einnahmequellen der Regierung noch wesentlich andere und ergiebiger sollten geöffnet werden. Dadurch ist die Gefahr, daß die Reparationskommission mit ihrer Kontrolle einrichtung wirklich Ernst mache, in bedrohliche Nähe gerückt, und wenn wir auch ziemlich sicher sein könnten, daß die Erfahrungen mit einem solchen Kuratel über einen souveränen Staat denkbar ungünstig sein würden, so wäre der Zustand doch unerträglich, namentlich dadurch, daß er einer organisierten Wirtschaftsspieler-Tür und Tor öffnete, sogar dann, wenn die Kontrolle, wie es jetzt scheint, nicht auf alle Gebiete der Finanzverwaltung ausgedehnt würde, sondern nur auf einige Teilzweige beschränkt bliebe.

Ämtliche Ernennung Dr. Wiedfeldts.

M.B. Berlin, 21. März. Der Reichspräsident ernannte den Geheimen Rat Dr. Wiedfeldt zum Botschafter in Washington, nachdem die amerikanische Regierung das Abkommen erteilt hatte.

Der „Matin“ zur Ernennung.

U. Paris, 22. März. (Drahtbericht.) Die Wahl Wiedfeldts zum deutschen Botschafter in den Vereinigten Staaten wird in Paris als ein Zeichen für die künftige deutsche Politik Amerika gegenüber angesehen. Das „Echo de Paris“ schreibt dazu, Deutschland habe die Absicht, in Amerika wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung zu suchen, um die Bedingungen des Versailler Vertrages erleichtern zu können. Deshalb brauche man in Washington einen Mann, der sich mit den amerikanischen Geschäftsmagnaten verständigen könne; dieser werde ihnen dann sagen, daß Deutschland dieselbe Meinung habe, wie Amerika. Die Haltung Amerikas und besonders die Begründung, die Amerika für sein Fernbleiben von der Genua-Konferenz angeführt habe, zeigen deutlich, daß die deutschen Pläne einen gut vorbereiteten Boden finden würden.

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern.

Der Achtstundentag. — Das Lehrlingswesen. — Die Uebergangswirtschaft. — Häßliche Szenen. — Spannung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie.

Die unsere Volksvertreter heute vormittag die Weiterberatung des Voranschlags für das Ministerium des Innern beim Kapitel „Handel und Gewerbe“ fortsetzten, nahmen sie eine Antwort der Regierung auf eine von der sozialdemokratischen Abgeordneten Frau Fischer-Karlsruhe eingebrachten kurzen Anfrage über die „Besoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten“ entgegen. Die Anfrage betraf die geldliche Entschädigung der „weisen Frau“. Es gibt nämlich in der Tat heute noch Orte, in denen die Gemeindebeamten ein Wartegeld von Lage und Schreibe 100 M. erhält; der höchste Betrag ist 2000 M. Solche Summen sind selbstredend in jeder Hinsicht ungenügend. Das hat auch die Regierung und zwar schon vor längerer Zeit eingesehen und die Bezirksämter angewiesen, auf die Gemeinden dahin einzuwirken, daß das Wartegeld entsprechend erhöht wird. Dies ist umso notwendiger, als auch die Verhältnisse der Gemeindebeamten recht ungenügend sind.

Wie gestern, so nahm auch heute vormittag die Erörterung der Lehrlingsfrage einen breiten Raum in den Reden der einzelnen Abgeordneten ein. Die Stellungnahme der einzelnen politischen Parteien zu dieser Frage ist aus den Auslassungen ihrer Presse und aus sonstigen Veröffentlichungen zur Genüge bekannt; wir brauchen sie also hier nicht im Einzelnen darzulegen. Vom Zentrum sprach der Abgeordnete Ködel, der in der früheren zweiten Kammer der badischen Landstände und auch im nachrevolutionären Landtag zur Verbesserung des Lehrlingswesens manch beachtenswerte Anregung gab. Auf Einzelheiten seiner heutigen Rede wollen wir aus dem oben angegebenen Grunde nicht eingehen, ihm aber beistimmen, wenn er das Rauchverbot für Schüler der Fortbildung- und Fachschulen in Erinnerung brachte. Weder Zigarette, noch Zigarre, noch Tabakpfeife gehören in den Mund eines eben aus der Volksschule entlassenen Lehrlings; der Tabakgenuss hemmt seine körperliche und geistige Entwicklung. Ködel erklärte, daß er einen Lehrling zur Rede stellte, weil er eine Zigarette rauchte; der hoffnungsvolle junge Mann entgegnete ihm: „Alleweil rauch alles, was ein bißchen was ist.“ Sind die betreffenden Verfügungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Stod nicht rein persönlicher Art, sondern Ansicht seiner Fraktion bzw. der Sozialdemokratischen Partei, so hat diese ihre frühere Haltung verbessert; denn Stod sagte, der Lehrling, der sich in der körperlichen Entwicklung in den sogenannten Flegeljahren befindet, soll nicht vollständige Selbständigkeit haben, er gehört geschützt und beaufsichtigt, aber er darf nicht ohne weiteres ganz und gar in die Hände des Handwerkers gegeben werden, daher müssen die gesetzlichen Befugnisse verbessert werden. Der Deutsch-Nationale Abgeordnete Mager wandte sich kurz gegen die rigorose Durchführung des Achtstundentags und meinte, die Zwangsangeleihe würde unserem Markkurs den Todesstoß versetzen. Der Landbund hatte den Abgeordneten Schrank vorgeschickt, der hauptsächlich gegen die fliegenden Warenlager Stellung nahm. Im Laufe der Beratung wurde auch die Frage Kapitalismus und Privateigentum angeschnitten; dies gab dem Kommunisten Bod Veranlassung, zu behaupten, August Bebel habe niemals eine Villa besessen und der Kommunist Hoffmann habe keine Villa und nicht das Privateigentum, von dem vielfach gesprochen werde. Der Achtstundentag wurde später noch einmal in die Debatte gezogen. Stod griff den bekannten Antrag des Abgeordneten Niederhöf auf dem letzten Landtag an und sein Parteifreund Dr. Kullmann unterstützte ihn dabei. Die beiden Abgeordneten waren damals noch nicht Mitglieder des Hauses. Der demokratische Abgeordnete Dr. Glöckner stellte die Ausführungen der beiden den Tatsachen entsprechend dahin richtig, daß der betreffende Antrag keineswegs einen Anstoß auf die Grundfeste des Achtstundentages bedeutete und nicht bezweckte, den Achtstundentag aufzuheben. Nach weiteren Auslassungen verschiedener Abgeordneter wurden die Anforderungen für Handel und Gewerbe dem Beschlusse des Haushaltsausschusses entsprechend genehmigt. Ohne Wortmeldung wurde dann der Titel „Uebergangswirtschaft“ erledigt. Dagegen gab der Titel „Uebergangswirtschaft“ Anlaß zu längeren Erörterungen, die aber gegen Schluß der Sitzung nicht immer der Würde des Hauses entsprachen. Es ereigneten sich dabei sehr häßliche Szenen. Zunächst gab es eine Auseinandersetzung zwischen dem sozialdemokratischen Abgeordneten Maier-Heidelberg und dem Landbündler Fischer-Meißenheim wegen der Landestofenstelle und der Brennholzversorgung, in deren Verlauf Maier dem Abgeordneten Hertle auf einen Zwischenruf antwortete: „Was in Sachenflur passiert, interessiert mich nicht.“ Diese Bemerkung veranlaßte den Abgeordneten Fischer zu einer

ziemlich scharfen Replik dahingehend, daß die Abgeordneten berufen seien, die Interessen aller Bevölkerungsschichten und aller Orte des Landes zu berücksichtigen. Der Zentrumsabgeordnete Sad unterstützte Fischer in dieser Ansicht, worauf dann Maier erwiderte, wenn das Zentrum aus solchen Äußerungen Kapital schlagen wolle, dann wäre es der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag nicht mehr möglich, mit ihm parlamentarisch zusammenzuarbeiten. Nun erhob sich der Chef der Zentrumsfraktion, Dr. Schofer und stellte fest, daß durch die letzte Bemerkung Maiers eine Situation eingetreten sei, die ihn zwingt, den Schluß der Sitzung zu beantragen, da die Stimmung im Hause so geworden sei, daß er keine Verantwortung mehr übernehmen könne, ohne sich erst mit seiner Fraktion ins Benehmen gesetzt zu haben. In der Tat war die Stimmung so gespannt, daß man Schlimmes befürchten mußte. Nebenher ging noch eine andere uneheliche Szene. Frau Unger polemisierte gegen den Landbund wegen der Brennholzversorgung. Zwischen ihr und Fischer entspann sich dabei ein Dialog, der sehr unparlamentarisch war. Anspielend auf eine Bemerkung der Frau Unger in einer früheren Sitzung des Landtags, ihr hätten in Herrschaftshäusern, in denen sie gedient hätte, die Söhne nachgestellt, ließ sich Fischer zu der Äußerung hinreißen: „Frau Unger, bei mir haben Sie nicht gedient.“ In einer persönlichen Bemerkung wies die Abgeordnete Frau Kiegel im Namen der weiblichen Mitglieder des Hauses diese Taktlosigkeit Fischers zurück; ihr schloß sich Frau Dr. Bernays an mit der Erklärung, ein solcher „Witz“ auf eine Frau, wie ihn hier der Abgeordnete Fischer losgelassen habe, könne vielleicht an einem Bierisch fallen, verbiete aber der Frau ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Männern. Unter großer Anruhe wurde dann die Sitzung nach 1 Uhr geschlossen, um nachmittags ¼ 4 Uhr wieder aufgenommen zu werden.

Sitzungsbericht.

II. Karlsruhe, 22. März. Präsident Wittmann eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr.

Kurze Anfrage.
Auf eine kurze Anfrage der Frau Abg. Fischer-Karlsruhe (Soz.) über die Verteilung der Hebammen in den Gemeinden antwortet Oberregierungsrat Dr. Arnsperger, der Regierung sei bekannt, daß in einer Reihe von Gemeinden die den Hebammen gebührenden Bezüge unzulänglich seien und der heutigen finanziellen Entwicklung in keiner Weise mehr entsprechen. Die Verteilung der Hebammen schwankt zwischen 100 und 2000 M., je nach Größe der Gemeinden. Das Ministerium des Innern habe durch die Bezirksämter auf die Gemeinden einzuwirken gesucht, damit diese Bezüge der Gebührenden angepaßt werden.

Danach wird die Aussprache über den Titel „Handel und Gewerbe“ im Voranschlag des Ministeriums des Innern fortgesetzt. Abg. Mager (D.Nk.) führt aus, diese Aussprache habe keinen besonderen Wert, weil der Landtag das Grundübel, das Handel und Gewerbe in seiner Tätigkeit hemme und niederbrücke, nicht kurieren könne. Dieses Grundübel liege im Verfall der Wirtschaft. Die Zwangsangeleihe werde dem Kurs der Markt den Todesstoß versetzen. Mit dem Vorwurf des Wuchers gegen die Gewerbetreibenden solle man etwas vorsichtig sein. Der Nebener behandelt in seinen Ausführungen auch den Achtstundentag und bemerkt, man sollte nicht gleich mit Anzeige und Strafe vorgehen, wenn einmal ein Lehrling mehr als acht Stunden im Tage arbeite. Im Handel und Gewerbe sei der Selbstgedanke so stark, daß er sich schon selbst helfen werde, man dürfe ihm aber keine Hindernisse in den Weg legen.

Abg. Ködel (Ztr.) bespricht die Lehrlingsfrage. Der Lehrling sollte, wenn irgend möglich, im Hause des Meisters Aufnahme finden. Damit wäre auch der Lehrlingszucherei ein Riegel vorgeschoben, denn eine Familie werde nicht zu viele Buben aufnehmen. Das Rauchen nehme unter den jungen Leuten immer mehr zu. Für diejenigen, die noch die Handels- oder Fortbildungsschule besuchen, sollte ein Rauchverbot erlassen werden.

Abg. Stod (Soz.) Wenn man dem Handwerk helfen will, dann darf man nicht gegen Arbeiter und Angestellte vorgehen. Die Lehrlingsfrage muß sehr sorgfältig behandelt werden. Auch sind wir der Ansicht, daß der Lehrling beschützt und beaufsichtigt gehört. Aber er darf nicht ganz und gar in die Hände des Meisters gegeben werden. Eine Beschränkung der Zahl der Lehrlinge bei den einzelnen Meistern ist nötig, damit der Lehrling gründlich ausgebildet wird. Der Versuch des Abg. Mager, am Achtstundentag zu rütteln, wird von uns abgelehnt. Es kann der Fall eintreten, daß in dieser oder jener Industrie aus volkswirtschaftlichem Interesse eine Ueberschreitung

des Achtstundentags nötig ist. Aber der Versuch, dem gesamten Handwerk und Gewerbe eine Mehrarbeitszeit zu gestatten, findet unseren Widerspruch.

Minister Kemmle: Die Stellung der Regierung zu den Bezirkswirtschaftsräten ist durchaus klar. Baden-Württemberg und die Pfalz kommen für einen Bezirkswirtschaftsrat in Frage; werden aber die Bezirke kleiner gestaltet, wird Baden einen eigenen Bezirkswirtschaftsrat bilden. Die badische Regierung und Landtag können keine Entscheidung treffen. Die Frage muß ohne Ueberhastung gelöst werden.

Abg. Abzieg (Ztr.) erklärte, es gäbe nicht nur Schwarzbrenner, sondern auch Schwarzgewerbetreibende.

Abg. Schrank (Landb.) wünscht eine bessere Kohlenversorgung der Schmelze auf dem Lande. Die fliegenden Warenlager sind eine Schädigung des anhängigen Handels und auch des Verbrauchers.

Abg. Hof Komm.: Die Lehrlinge werden vielfach als Gesellenersatz eingestellt. Die Lehrlingsmishandlungen sind noch nicht aus der Welt geschafft. Im Interesse der Volkswirtschaft stehen wir dem achtstündigen Arbeitstagen. Irrendwellige Konzeptionen machen wir nicht.

Abg. Seurich (Ztr.): Wir haben volles Verständnis für die Arbeiterfrage. Die Forderungen für Jugend- und Lehrlingschutz sind von uns schon seit Jahren aufgestellt und verfolgt worden. Mit den extremen Forderungen der äußersten Linken kommen wir nicht vorwärts, sie tragen nur zu weiterer Zersplitterung und zum Klassenhaß bei. Auch Sie (zu den Kommunisten) werden sich einmal auf den Boden der Wirklichkeit stellen müssen. Die Arbeiterfrage hat erkannt, daß sie mit dem kommunistischen Zukunftsstaat nicht vorwärts kommt. Bei der Beratung des Arbeitsministeriums werden wir mit Ihnen gründlich abrechnen.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.) befaßt sich mit einem Antrag des früheren Abg. Niederhöf über den Achtstundentag.

Abg. Glöckner (Dem.) erwidert darauf, es hat sich damals nicht darum gehandelt, eine Beschränkung des Achtstundentags zu schlagen.

Abg. Freihof (U.S.P.) bemängelt die Ausbildung der Lehrlinge in der Großindustrie. Der Staat müßte Lehrbetriebe einrichten. Die Klassengegensätze sind nicht von uns geschaffen worden, sie sind in einem Staat, der Klassenstaat ist, an und für sich schon enthalten.

Abg. Mager (D.Nk.) weist einen persönlichen Angriff des Abg. Bod (Komm.) zurück. Abg. Großhans (Soz.) bemängelt die Tendenz des „Handwerkstammerboten“ in Konstanz vor den letzten Wahlen. Minister Kemmle erklärt, daß diese Zeitung keine staatliche Unterstützung bezieht. Abg. Dr. Herfurth (Ztr.) bestreitet, daß der „Handwerkstammerbote“ politisch getrieben habe.

Abg. Maier (Soz.) bemerkt gegenüber Ausführungen des Abg. Ziegelmaier (Ztr.), die soz. Zeitungen hätten das Inferat über das „Badenwerk“ nicht erhalten. So sehe die Gleichberechtigung aus. Nach kurzen Ausführungen der Abg. Dr. Herfurth (Ztr.), Dr. Schofer (Ztr.), Fischer-Lahr (Landb.) war die Position „Handwerk und Gewerbe“ erledigt.

Der Antrag der Abg. Marum (Soz.) und Gen. über die Vertretung der gewerkschaftlichen Organisationen in der Landesauftragsstelle wird einstimmig (bei 2 Stimmenenthaltungen) angenommen. Die vom Rechtsausschuß zu einem Gesuch des städtischen Preisprüfungsausschusses Porzellan über Maßnahmen der Regierung gegen die Teuerung aufgestellten Richtlinien werden gebilligt. Die Position „Landesstatistik“ wurde debattenlos genehmigt. Bei

„Uebergangswirtschaft“

wurden von den Abg. Maier (Soz.) und Fischer-Lahr (Landb.) Fragen der Brennholzversorgung angeschnitten.

Minister Kemmle stellt fest, daß die freie Wirtschaft rücksichtslos auf die badische Holzwirtschaft gewirkt habe.

Abg. Maier (Soz.): Die Kohlenversorgung muß in enger Verbindung mit der Holzversorgung durchgeführt werden.

Frau Abg. Unger (U.S.P.) fordert die Zwangsangeleihe für Holz. Abg. Hertle (Landb.) weist auf den Holz- und Kohlenverhand nach dem Ausland hin.

Abg. Saad (Ztr.) wendet sich gegen eine Bemerkung des Abg. Maier, die dieser über die Sachsentur getan hätte.

Die Abg. Strobel (Soz.) und Maier (Soz.) weisen die Ausführungen des Abg. Saad in scharfen Worten zurück.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Ich muß den Herrn Präsidenten bitten, die Sitzung zu schließen, da die Stimmung berart ist, daß ich die Verantwortung nicht weiter übernehmen kann, bevor ich nicht mit meiner Fraktion Rücksprache genommen habe.

Frau Abg. Kiegel (Ztr.) weist eine Bemerkung des Abg. Fischer-Lahr (Landb.) zurück, die dieser über die Frau Unger gemacht hatte. Frau Unger hatte in einer der letzten Sitzungen Mitteilungen über ihre Erfahrungen als Dienstmädchen gemacht. Abg. Fischer bemerkte heute dazu, er müsse feststellen, daß Frau Unger bei ihm nicht Dienstmädchen gewesen sei.

Abg. Frau Kiegel erklärt, solche Miße, wie sie der Abg. Fischer gemacht habe, gehörten an den Bierisch und nicht in das Parlament. (Lebhafte Zustimmung.) Frau Abg. Bernays (D.Nk.) unterstützt diese Ausführungen. Hierauf wird die Beratung 1.15 Uhr auf nachmittags ¼ 4 Uhr vertagt.

Theater und Kunst.

Erster Abend der Brahms-Feste.

Das erste der vier vorgesehenen Konzerte anlässlich des 25. Todestages (3. April) von Johannes Brahms, dessen Musik mit ihrem durchweg ersten Charakter vertiefend und verinnerlichend wirkt, brachte neben dem Frühwerk, dem H-Dur-Trio für Klavier, Violine und Cello, neben dem Horn-Trio in Es-Dur (op. 40), die vollständigen „Liedeslieder-Walzer“ für Klavier zu vier Händen und Violin- und Celloquartett, und zwar die erste Sammlung (op. 52), während man aus der zweiten, den „Neuen Liedeslieder-Walzern“ die Schlussnummer „Nun, ihr Mägen, genug“ nach einem Text von Goethe anhängte. Der Grund kann nach unserem Dafürhalten nur darin liegen, dem unwirtlichen Ende durch einen solchen Eingriff aufzuheben. Die Ansichten dürften über diesen vom Komponisten nicht gewollten Abschluß sicherlich auseinander gehen, zumal er sich vom rein künstlerischen Standpunkt nicht rechtfertigen läßt. Die Musik der beiden Sammlungen, deren Entstehung durch Jahre geschieden ist, trennt eine Kluft. Mit keinem weichen Melodienstil ist Opus 52 hell; beglückend in seiner wienerischen Stimmung; ist ein Gesang von Liebe, Lust und Wärme, der nur einmal unterbrochen, dramatisch ernst, voll Unmut wird bei Nr. 11: „Nein, es ist nicht auskommen mit den Leuten.“ Auf einem dunkleren Grunde stehen aber die „Neuen Liedeslieder-Walzer“. Ihren Walzerrhythmus weniger stark hervortretend, sind sie feiner, zurückhaltender, herber. Hier wächst organisch die oben angeführte Schlussnummer, das gemüthlicheändler-Tempo abstreifend, in ihrer ganzen musikalischen Schönheit und Ruhe empor.

Dieser künstlich aufgepflanzte Schluß war auch in der Wiedergabe nicht ganz von dem wünschenswerten Glück begünstigt, da der Sopran zu stark heraustrat und neben seiner scharfen Höhe durch Unreinheit auffiel. Die Ausführenden, Fräulein Hanna Kodelg, Frau Frida Goldschmidt, die Herren Wilhelm Rentwig und Alfred Glah hatten sich für ein erstmaliges Auftreten als Violin-Quartett schon zusammengesehen und verhalten mit Anteilnahme dem Werke zu einer sehr guten Auswirkung und einem vollen Erfolg. Am Flügel bewährten sich technisch und musikalisch zuverlässig Professor Heinrich Kaspar Schmid und Karl Kottermaier.

In dem gebräugten Opus 40 ist eigenartig und klavirvoll das Waldhorn neben das Klavier und die Violine gestellt. Das Echo erinnert an eine Jagdhörne; das anschließende Es-Moll Adagio ist von tiefer, ergreifender Poesie erfüllt, und das Finale gibt sich mit

seinem prächtigen Schwung frisch, gesund und dankbar. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, wenn wir darauf hinweisen, daß dieses leider selten geübte Werk in unserer Heimat entstanden ist. In Lichtental bei Baden-Baden fand Johannes Brahms im Frühjahr 1865 ein gemüthliches Heim, das er wie folgt beschreibt: „Das Haus Lichtental Nr. 138 liegt auf einer Anhöhe, und von meinen Zimmern aus sehe ich nach drei Seiten auf die dunkel bewaldeten Berge, die schlingelnden Wege hinauf und hinab und die freundlichen Häuser.“ Hier entstand das Horntrio. Und einer seiner Freunde berichtet, daß der Meister ihm später einmal die Stelle zeigte „in der Nähe von Baden-Baden auf den waldigen Höhen, wo ihm zuerst das Thema des ersten Satzes dieser Komposition gekommen sei.“ Die Wiedergabe war sorgfältig durchgearbeitet. Herr Gustav Gieschner von unserem Landestheater ließ als Hornist seine vortrefflichen künstlerischen Eigenschaften erneut erkennen und wertschätzen. Seine Vortragskunst ist reif und vornehm. Gelegentlich einer Aufführung jagte Brahms: „Das Ensemble verlangt allerdings einige Mühe und Nachgiebigkeit und Vorlicht von den beiden Kollegen.“ Diesen Satz hatten Fräulein Elisabeth Moritz, die mir übrigens als Brahms-Interpretin hoch einschätzen, und Herr Dr. Karl Brückner treulich befolgt.

In dem in diesen Jahren umgearbeiteten ersten Trio sind die Anregung noch spürbar. Die von Einfühlbarkeit und Stillempfinden zehrende Darbietung durch Fräulein Elisabeth Moritz, Dr. Karl Brückner und Paul Trauzeitler war genugsam. Dem Scherzo wäre vielleicht ein stärkerer Einsatz in das Heimliche, Geheimnisvolle, Gespenstische zu Gute gekommen.

Wenn die Darbietungen als Ganzes betrachtet nicht immer die vorzüglichen Leistungen erreichten, die wir bei früheren Musikfesten im gleichen Saale erleben durften in Bezug der aufs feinste abgestellten Ensembleschwärze, so darf doch nachdrücklich betont werden, daß hochachtbares geleistet wurde.

Bad. Landestheater. In der heutigen Vorstellung von „Die Hledermaus“ singt Marie von Ernst die Kofelinde. Am Freitag ist eine Vorstellung von Bizets „Carmen“ angelegt mit Hete Stedert als Micaela, Marie von Ernst als Frasquita, Wilhelm Rentwig als José und Rudolf Weyrauch als Escamillo. Die übrige Besetzung ist bekannt. Die Vorstellung beginnt um 6½ Uhr. — Es wird nochmals besonders darauf hingewiesen, daß die Aufführung der großen Oper „Der Prophet“ von Mendelssohn am Sonntag, den 26. um 5½ Uhr beginnt. — In Vorbereitung für die Osterfeierlage befindet sich Wagners „Parsifal“.

Ein Theaterkandal in Kaiserslautern. Zu einem Theaterkandal kam es im Stadttheater Kaiserslautern anlässlich einer Aufführung der Operette „Wenn die Liebe erwaht“. Durch Verschulden des Orchesterleiters wurden im 2. und 3. Akt einige Auftritte so sehr realistisch und grell aus dem künstlerischen Rahmen fallend zur Darstellung gebracht, daß das Anstandsgefühl der Zuhörer aufs gründlichste verletzt wurde. Ein Teil der Besucher verlangte während der Aufführung eine Kundgebung, in der laute Protestrufe, Pfuihuufe usw. ertönten. In den Besprechungen über diese Vorfälle wird allgemein das Gemeingefährliche derartiger Bühnenauswüchse hervorgehoben und entschiedenes Vorgehen gegen den Verantwortlichen gefordert.

Um die Nachfolge Nikischs in Leipzig. Zu der Frage, wer Nikischs Nachfolger wird, ist zu melden, daß sich auf die Namen Ahen Roth und Furtwängler das Interesse konzentriert. Furtwängler ist der Künstler, für den das Gewandhausdirektorium eintritt während das Gewandhausorchester an keinen anderen als Abendroth denkt. Das zeigt neuerdings ein Brief, den der Vorsitzende des Gewandhausorchesters an den Vorsitzenden der Kölner Orchesterverwaltung des Deutschen Musikerverbandes geschrieben hat und in dem es heißt: „Am Sonntag, den 5., und Dienstag, den 7. März d. J. hat Ihr hochverehrter Kapellmeister der Gürzenich-Konzerte, Herr Generalmusikdirektor Prof. Abendroth, hier in Leipzig zwei Gewandhauskonzerte dirigiert. Außer Abendroth hatten bisher noch Furtwängler, Busch, Furtwängler und noch einige andere die Tätigkeit unseres verehrlichen Nikischs übernommen. Das Orchester hat sich bisher stets juristisch in der Frage der Nachfolgerschaft Nikischs verhalten, und zwar wohlweislich und mit Bewußtsein, weil wir reichlich prüfen wollten, „was sich ewig bindet.“ Wir hatten uns auch bisher noch für keinen so erwärmen können, daß wir uns lagen konnten, diejenen oder jenen möchten wir uns als Nachfolger wünschen. Doch mit einem Schläge war die Situation geändert. Abendroth kam, sah und siegte! Das gesamte Orchester ist von Generalmusikdirektor Abendroth begeistert, und die Stimmung im Orchester ist ungeheuer folgende: Diesen — aber keinen! Das Stadt- und Gewandhaus-Orchester hat sich einstimmig für Abendroth festgelegt und wünscht und hofft, diesen genialen Kapellmeister als den Nachfolger Nikischs hier in Leipzig zu sehen. Aus Berlin wird dazu gemeldet: Es ist kein Geheimnis mehr, daß Wilhelm Furtwängler von der Leitung des Berliner Opernorchesters in der nächsten Saison zurücktritt und daß die Nachfolgerschaft Nikischs in den Berliner Philharmonischen Konzerten an der Spitze des Philharmonischen Orchesters übernimmt. Der Reinigungstempel um die Nachfolgerschaft ist bestig entbrannt.



Der Dollar = Mk. 304.17

Gewinne und Dividenden in der Textilindustrie.

Man schreibt uns: Ein großer Teil der Aktiengesellschaften der Textilindustrie veröffentlicht...

Industrie und Handel.

Badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. In dem Anzeigenteil dieser Ausgabe ist eine Zeichnungsaufforderung...

Na. Vereinigte Deutsche Oelfabriken Mannheim. Wie die 'Frankfurter Zeitung' erfährt, führt die Gesellschaft...

hr. Dornmünder Mühlenwerke A.-G., Dornmünde. Die in Mannheim abgehaltene Generalversammlung...

H.D. Kammergärtnerei Bernshausen Niederschmalmsaden. Die G.-V. genehmigte die Verteilung einer Dividende...

Eine Neugründung in der Automobil-Industrie. Unter Beteiligung führender Persönlichkeiten der Niederläufiger Großindustrie...

Wiking Film-A.G., Berlin. Unter Mitwirkung des Bankhauses Sponholz u. Co., Berlin, Ermoleff Cinema, Moskau...

Wieser u. Hartmann A.-G. Danzig. Zur Begründung des Antrages auf Erhöhung des Grundkapitals...

H.D. Wälschle und Dividenden. Bremer Gummiwerke A.-G. Notend in Bremen aus einem K.K. von 316 000 (208 000)...

H.D. Die Schweizerische Kreditanstalt Zürich verteilt aus einem Reingewinn von 9 554 000 Frs. des Jahres 1921...

Wirtschaftliche Rundschau.

Freiwilligkeitsleistung für den Geldentwertung der niedrigeren Ausfuhrabgabe. Wie die Außenhandelsstelle...

31. Januar 1922 abgelaufene Frist zur Geldentwertung des niedrigeren Ausfuhrabgabegeldes mit Rücksicht auf die in letzter Zeit eingetretenen Verzögerungen...

H.D. Wiederrum Erhöhung der Kupferblechpreise. Bekanntlich legte der Kupferblechverband...

Interessengemeinschaft zwischen den deutschen Ziegel- und Kalksandstein-Herstellern. Der Verband der deutschen Ziegel-Verkaufsvereinigungen...

H.D. Rheinische Schiffsabgaben an Frankreich. Wie der 'Deutsche Handelsdienst' hört, wurde in den Verhandlungen...

Bei Kohlenförderung des Ruhrbeckens im Monat Februar 1922. Auf den Beleg des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Seelen) hat die Kohlenförderung...

Das im Vergleich zum Januar 1922 um rund 400 000 Tonnen geringere Ergebnis der Februarförderung...

Notierungen der Berliner Börse vom 22. März. Industrie-Aktien (Hütten- u. Bergwerks-Aktien)

Notierungen der Berliner Börse vom 22. März. Zücher Devisennotierungen.

Notierungen der Berliner Börse vom 22. März. Zücher Devisennotierungen.

Notierungen der Berliner Börse vom 22. März. Zücher Devisennotierungen.

Notierungen der Berliner Börse vom 22. März. Zücher Devisennotierungen.

Notierungen der Berliner Börse vom 22. März. Zücher Devisennotierungen.

Notierungen der Berliner Börse vom 22. März. Zücher Devisennotierungen.

Notierungen der Berliner Börse vom 22. März. Zücher Devisennotierungen.

Notierungen der Berliner Börse vom 22. März. Zücher Devisennotierungen.

Notierungen der Berliner Börse vom 22. März. Zücher Devisennotierungen.

Table with 4 columns: 21, 22, 21, 22. Lists various commodities and their prices.

Table with 4 columns: 21, 22, 21, 22. Lists 'Festverzinsliche Papiere' (Fixed interest securities).

Notierungen der Frankfurter Börse vom 22. März

Table with 4 columns: 21, 22, 21, 22. Lists 'Bank- und Industrie-Aktien' (Bank and industry stocks).

Frankfurter Börsenbericht vom 22. März. Die Entschleunigung der Reparationsmission...

Berliner Devisennotierungen.

Table with 4 columns: 21, 22, 21, 22. Lists exchange rates for various locations.

Frankfurter Devisennotierungen.

Table with 4 columns: 21, 22, 21, 22. Lists exchange rates for various locations.

Zücher Devisennotierungen.

Table with 4 columns: 21, 22, 21, 22. Lists exchange rates for various locations.

Advertisement for CARL LASSON, Internationaler Speditionshaus, featuring a logo and contact information.

Advertisement for Holzriemscheiben (Wooden discs) by Bad. Gummi- u. d. Packungs-Industrie Schöffler & Wörner.

Advertisement for STOTTERN, featuring a logo and text about technical services.

Advertisement for Bauholz und Bretter (Construction wood and planks) by 2340.

Advertisement for Wanzen (Bed bugs) and Motten (Moths) treatments.

Advertisement for Heu (Hay) and Verlobungskarten (Engagement cards).

Advertisement for Eisenmetalle, Metallabfälle (Iron metals, metal scrap) by Robert Klein.

Large advertisement for Schneidersbedarf (Tailor's supplies) by Schneider-Vedarsartel.

Badenwerk

Zeichnungsaufforderung

auf
reichsmündelsichere

Mark 300 000 000 5%, vom Jahre 1927 ab zu 102% rückzahlbare
Teilschuldverschreibungen oder Handdarlehen

Badischen Landeselektrizitätsversorgung A.-G.

Erststellig hypothekarisch gesichert, vom Lande Baden für Kapital und Zinsen selbstschuldnerisch verbürgt
reichsmündelsicher.

Die Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk) ist am 6. Juli 1921 gegründet worden.

Der Sitz der Gesellschaft ist Karlsruhe; ihre Dauer ist nicht beschränkt.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zur Zeit M. 100 000 000, einbezahlt mit M. 47 500 000. Es befindet sich ganz im Besitz des Landes Baden.

Gegenstand des Unternehmens ist, in Baden vorhandene Kraftquellen für die Bedürfnisse insbesondere des Landes Baden nutzbar zu machen, für eine ausreichende und preiswerte Lieferung elektrischer Arbeit zu sorgen und auf möglichst vollkommene Kraftwirtschaft hinzuwirken. Die Gesellschaft kann hierzu kraftwirtschaftliche Anlagen, namentlich badische Wasserkraftwerke ausbauen und betreiben oder betreiben lassen und sich auch an anderen Unternehmungen zur Förderung des Geschäftszweckes beteiligen.

Zur Erfüllung vorgenannter Aufgaben wird das Land Baden der Gesellschaft vorzugsweise das Recht zur Führung von Starkstromleitungen nebst Zuhör auf, über und unter Staatsigentum verliehen und hat für ferner die in seinem Besitze oder für dasselbe im Land befindlichen Elektrizitätsanlagen zur Versorgung Nord-, Mittel- und Südbadens übertragen, nämlich:

1. Das Murgwerk mit einer installierten Leistung von 30 000 PS und einer Jahreserzeugung von durchschnittlich 60 000 000 Kilowattstunden.
2. Die 10 000 Volt-Schalt- und Transformatorhäuser Forbach, Scheibenhaid und Rheinau nebst einer 10 000 Volt-Leitung Forbach-Karlsruhe-Mannheim.
3. Die 45 000 Volt-Leitung Singen-Stockach nebst Haupt- und Transformatorstation Stockach.
4. Die 110 Volt-Haupt- und Verteilungsleitungen nebst zugehörigen Schalt- und Transformatorstationen und Ortsnetzen zur Versorgung Nord- und Mittelbadens im Anschluß an das Murgwerk und an die mit diesem zusammenarbeitenden nichtstaatlichen Dampfkräften Rhein.
5. Die 15 000 und 20 000 Voltleitungen nebst zugehörigen Transformatorstationen und Ortsnetzen zur Versorgung der Amtsbezirke Konstanz, Möckelberg, Pfaffenlof, Stockach, Ueberlingen mit dem badischen Anteil aus dem Rheinkraftwerk Eggenau.

Die Anlagen zu 1., 2. und 3. sind im Betrieb; von den unter 4. und 5. genannten Anlagen sind zur Zeit 1234 km Leitungen im Betrieb bzw. fertig, 187 km im Bau, 119 km noch zu erstellen; 466 Transformatorstationen sind im Betrieb bzw. fertig, 76 im Bau; 94 noch zu erstellen; 462 Ortsnetze sind im Betrieb bzw. fertig, 50 im Bau, 24 noch zu erstellen.

Von dem bisher fertiggestellten Teil der Anlagen werden neben 339 Landgemeinden zahlreiche Städte, wie Baden-Baden, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Heidelberg, Rastatt, ferner im Zusammenarbeiten mit den bestehenden örtlichen Werken auch die Städte Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim mit ihrer bedeutenden Industrie versorgt. Das Murgwerk allein deckt etwa die Hälfte des derzeitigen Gesamtbedarfes von Nord- und Mittelbaden.

Um die weiterbestehende große Nachfrage nach Kraft befriedigen zu können, hat sich die Gesellschaft an dem zu errichtenden Großkraftwerk Mannheim von 6000 KW Leistung beteiligt, das im Herbst 1923 in Betrieb kommen dürfte.

Ferner soll außer der geplanten Erweiterung des bestehenden Murgwerkes durch Angliederung einer Schwarz-erdb-Speicheranlage im südlichen Schwarzwald namentlich im südbadischen Schwarzwald ein großes Hauptspeicherkraftwerk errichtet werden, welches das natürliche Becken des Schmalbaches auszunutzen will, der zu diesem Zwecke um 30 m senkt — eine Nutzhöhe von 100 Millionen m³ erhalten wird. Bei einem Gesamtwert von 600 m, welches auf einer Länge von 23 km bis zum Rhein in mehreren Stufen ausgenutzt werden soll, ist die Leistung dieses Werkes in seinen Vollausbau bei einer Spitzenleistung von rund 240 000 P.S. auf jährlich 300 Millionen Kilowattstunden veranschlagt.

Den grossen Rheinkraftwerken zwischen Basel und Schaffhausen soll das Schluchseewerk durch die Möglichkeit weitestgehender Wasserspeicherung die größtmögliche Ausnutzung der unkonstanten Kräfte des Oberrheins gewährleistet.

Die Bauzeit für die oberen zwei Stufen, welche etwa die Hälfte der Kraft bringen, wird auf höchstens drei Jahre veranschlagt.

Zur Inangriffnahme der Vorarbeiten für das Werk soll geschritten werden, sobald das Ergebnis eines am 1. März d. J. abgeschlossenen Ideenwettbewerbes vorliegt.

Geplant ist mit der Erstellung des Schluchseewerkes und anderer badischer Speicherwerke die zur Sammlung und Verteilung der in Baden gewonnenen Wasserkraftenergie erforderlichen Höchstspannungsleitungen erstellt werden.

Geplant ist eine etwa 230 km lange Hauptlandessammelschiene für eine Spannung von mindestens 100 000 Volt, die vom Oberrhein nördlich verläuft und Anschluß an das Murgwerk, sowie an die bereits bestehende 100 000 Volt-Sammelschiene Forbach-Karlsruhe-Mannheim erhält. Hier werden das in der Ausführung begriffene Großkraftwerk Mannheim sowie die ebenfalls in Aussicht genommene Kraftwerke an den badischen Staustufen des Neckars angeschlossen werden. Ein Anschluß dieser Baden durchziehenden elektrischen Hauptverkehrsstraße mit denen der Nachbarländer ist vorgesehen, mit der pfälzischen bereits hergeleitet.

An geeigneter Stelle im Schwarzwald wird ferner eine Transformator- und Schaltstation vorgesehen werden, die den Anschluß von etwa 180 km 80 000 Volt-Leitungen an die 100 000 Volt-Landessammelschiene ermöglichen soll.

Diese 500 000 Volt-Leitungen sollen der Badischen Landeselektrizitätsversorgung seitlich mit ihr noch nicht in Verbindung stehende Badische Landeswerke erschließen und zugleich einige im Schwarzwald an der Elz, Kinzig und Gutach geplante Speicherkraftanlagen mit deren Umfassung mit der Landessammelschiene in Verbindung bringen; es wird ihnen daher die Eigenschaft von Hauptverteilungs- und Zubringerleitungen zukommen. Sie werden etwa von Villingen über Triberg nach Waldkirch und Erbsburg, hier mit Anschlußmöglichkeit an die 70 000 Volt-Leitung Laufenburg-Mühlhausen-Erbsburg, bzw. über Triberg nach dem oberen und unter Kinzigtal führen.

Eine weitere Strecke wird, zugleich die Verbindungsstufen des Schluchseewerkes bildend, vom Oberrhein etwa bei Waldshut nach Neustadt i. Schwarzwald führen. Durch diese Leitungen werden alle großen badischen Industriegebiete — soweit dies noch nicht der Fall ist — Anschluß an die Landessammelschiene erhalten, was nach erfolgter Durchführung des vorstehenden Programms einen günstigen Erfolg auf die Entwicklung dieser Gebiete zur Folge haben dürfte.

Zur Beschaffung der für den Ausbau des Schluchseewerkes und des zugehörigen Teiles des zentralen Landesnetzes erforderlichen Mittel gibt das Badenwerk zunächst

nom. M. 300 000 000

mit 5 vom Hundert verzinsliche, vom Jahre 1927 ab zu 102% rückzahlbare Teilschuldverschreibungen oder Handdarlehen aus, die durch das Schluchseewerk und das zugehörige elektrische Leitungsnetz einzutragende erststellige Hypothek und durch die Bürgschaft des mit seinem Gesamtvermögen für Kapital und Zinsen haftenden Landes Baden sichergestellt werden, also reichsmündelsicher sind. Die Gesellschaft hat sich das Recht vorbehalten, weitere M. 700 000 000 zu gleichem Rang hypothekarisch einzutragen zu lassen. Diese Hypotheken sind auszudehnen auf sämtliche Grundbesitz und Anlagen, die für die gesamten M. 1 000 000 000 erworben oder erstellt werden. Der Erlös der Anleihe darf nur zur Erstellung

des Schluchseewerkes und des Landeselektrizitätsnetzes, sowie zum Erwerb hierfür nötiger Grundstücke verwendet werden. Beteiligungen an anderen Gesellschaften sind bis zur Höhe von 12% des jeweilig begebenen Anleihebetrages aus Mitteln der Anleihe gestattet. Für den Betrieb verpfändeter Anlagen notwendige spätere Anlagen müssen ebenfalls verpfändet werden.

Die Teilschuldverschreibungen lauten auf den Inhaber und gelangen in Abschnitten von M. 20 000, 10 000, 5000, 2000 und 1000 zur Ausgabe. Die Verzinsung beginnt am 1. April 1922. Die Zahlung der Zinsen erfolgt halbjährlich, jeweils am 1. April und 1. Oktober. Die Einlösung der Teilschuldverschreibungen wird zu 102% vorgenommen — Wege der Auslösung, beginnend mit dem Jahre 1927, mit jährlich mindestens 1 vom Hundert des ursprünglich ausgegebenen Betrages zuzüglich der ersparten Zinsen aus den eingelösten Teilschuldverschreibungen. Die Auslosungen erfolgen im Monat April zur Heilmzahlung am 1. Oktober eines jeden Jahres, erstmals im Juni 1927 zur Heilmzahlung am 1. Oktober 1927. Die Schuldnerin ist befugt, vom Jahre 1932 ab verstärkte Auslosungen vorzunehmen oder auch sämtliche noch ausstehenden Teilschuldverschreibungen und Handdarlehen mit einer Frist von drei Monaten zu einem Zinstermin, zuzugleich zum 1. Oktober 1932, zu kündigen.

Die Handdarlehen sind den Teilschuldverschreibungen in bezug auf Verzinsung zu 5% Tilgung und Rückzahlung zu 102% hypothekarische Eintragung und Bürgschaft des Landes Baden vollständig gleichgestellt. Ueber jedes Handdarlehen wird ein Darlehenschein direkt zwischen der Gesellschaft und dem Darlehensgeber ausgestellt.

Die Regierung des Landes Baden hat auf Grund der ihr vom badischen Landtag in der Sitzung vom 16. Dezember 1921 erteilten Ermächtigung die Bürgschaft für Verzinsung und Heilmzahlung der Teilschuldverschreibungen und Handdarlehen übernommen. Die Genehmigung zur Ausgabe dieser Inhaber-Schuldverschreibungen und Handdarlehen gemäß § 795 BGB. ist von der Regierung des Landes Baden erteilt.

Die Notierung der Anleihe an den Börsen von Berlin, Frankfurt a. M. und Mannheim wird beantragt werden.

Die vorstehend beschriebenen
nom. Mark 300 000 000

5%, zu 102% rückzahlbaren, erststellig hypothekarisch einzutragenden, vom Lande Baden verbürgten reichsmündelsicheren Teilschuldverschreibungen oder Handdarlehen

der
Badischen Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk)

werden hiermit zur öffentlichen Zeichnung unter folgenden Bedingungen aufgelegt:

1. Zeichnungen werden bis einschließlic
Freitag, den 24. März 1922
bei der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe
" " Rheinischen Creditbank, Zweigniederlassung Karlsruhe-Mühlburg
" " Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G., Filiale Karlsruhe
" " Badischen Bank, Niederlassung Karlsruhe
bei dem Bankhause Veit L. Homburger
" " Bankhause Straus & Co., Karlsruhe

während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden entgegenommen. Die Anmeldescheine sind bei den Stellen kostenfrei zu haben. Früherer Schluß der Zeichnung bleibt vorbehalten.

2. Der Zeichnungspreis beträgt für
die Teilschuldverschreibungen 100 1/4 %, zuzüglich Schlussscheinestempel,
die Handdarlehen 99 1/4 %.

Die Abrechnung der gezeichneten Teilschuldverschreibungen und Handdarlehen erfolgt per 31. März 1922, so daß bei Teilschuldverschreibungen und Handdarlehen, deren Verzinsung am 1. April beginnt, keine Stückzinsenverrechnung stattfindet. Die Handdarlehen müssen über Beträge von mindestens M. 250 000 lauten. Höhere Beträge müssen durch 50 000 teilbar sein.

3. Bei der Zeichnung muß auf Erfordern eine Sicherheit von 5% des gezeichneten Nennbetrages hinterlegt werden, und zwar entweder in bar oder in solchen Wertpapieren, die von der betreffenden Zeichnungsstelle als zulässig erachtet werden. Im Falle die Zuteilung weniger als die Anmeldung beträgt, wird der überschüssige Teil der bestellten Sicherheit unverzüglich zurückgegeben werden.

4. Die Zuteilung erfolgt tunlichst bald nach der Zeichnung gemäß dem Ermessen der Zeichnungsstelle. Für die Zuteilung der Teilschuldverschreibungen und Handdarlehen stehen uns weitere M. 300 000 000 aus einer Option zur Verfügung.

5. Die Bezahlung der zugeleiteten Beträge hat am 31. März 1922 bei derjenigen Stelle, bei der die Zeichnung bewirkt ist, während der Geschäftsstunden zu erfolgen. Am gleichen Tage hat die Abführung der gezeichneten Handdarlehen entfallenden Beträge an die Stelle, bei der die Zeichnung bewirkt ist, zu erfolgen.

6. Die Aushändigung der Stücke erfolgt möglichst bald nach besonderer Bekanntmachung.

Berlin, Mannheim, Karlsruhe, Frankfurt a. M., im März 1922.

781a

Direction der Disconto-Gesellschaft. Deutsche Bank. Bank für Handel und Industrie. Commerz- und Privat-Bank A.-G. Nationalbank für Deutschland K. a. A. Rheinische Creditbank. Süddeutsche Disconto Gesellschaft A.-G. Badische Bank. Badische Girozentrale. Veit L. Homburger. Lazard Speyer-Ellissen. Jacob S. H. Stern. Straus & Co.

Haus gesucht

mit oder ohne Geschäft, auch Wirtschaft oder Landgut, Villa, Pensionhaus usw. in Stadt oder Land von

Deutsch-Schweizer.

Einsparung erwünscht, aber je nach Verhältnissen nicht erforderlich. Angebote mit Preis und wenn möglich mit Bild unter Nr. 775a an die „Bad. Presse“ erbeten.

Personen-Auto

nur moderner, eleganter Wagen, mit elektr. Licht und Anlaßer, möglichst mehr als 10 Steuer-S. vier oder sechs Zylinder, in tadellosem Zustand, zu kaufen gesucht. Angebote mit genauer Beschreibung, Preis und wo zu besichtigen unter Nr. 4056 an die „Bad. Presse“.

Erauenhaare

werden angekauft u. am höchsten bezahlt nur bei Frau Emma J. B. S. Weberstr. 60, 2. Stod. Angebote werden daselbst zu billigen Preisen abgegeben. 19482 (Rein Baden).

Für Heuleberker

7199 versendet kostenl. Prospekt Dr. Kaufmann, Darmstadt.

Kaufgefrunde

Zu kaufen gesucht: Fabrikgrundstück

in Mittelbaden, mögl. in der Nähe von Karlsruhe oder Mannheim, mit elektr. Licht, Wasser- u. Dampfkraft, günstige Arbeiterverhältnisse und Wohnhaus od. Villa.

Malch entschloß, Käufer bitte um Erlaubnis unter L. N. 322 an Rudolf Hoffe, Mannheim. 7148

Quecksilber

gereinigt oder unangereicht, in kleinen und großen Mengen losend zu kaufen gesucht. 3008 Kofler & Homburg, Erbsburgstr. 31, Karlsruhe (Baden).

Kisten.

Große Kisten kaufen wir laufend und bitten um Angebote. 4181 A. Fraun & Co., Waldbr. 28.

Drahtstifte

Silberdraht Rundseisen kaut Klein u. große Quantitäten. Meriten unter F. J. 2578/4400 an d. Exped. d. Bad. Presse.

Gebrauchte Möbel

lowe ganz Hausbestimmungen laßt die Altmöbelstelle Gemeinnützige Dauer- u. Vermeirt. Schloßplatz 13, Telefon 3204.

Geistliches Haus

Geistliches Haus, 2 Etagen, elektr. u. Wasser, jedes Ind. Unternehm. geeignet, zu verkaufen. Haber, unt. Nr. 1780, Mühlstraße 23.

Gewinnbringendes Unternehmen

günstig zu verkaufen. Rohende Aufträge. Gute, treue Kundenschaft. Fachliche Arbeiterkamm. Aufträgen unt. Nr. 4168 an die „Bad. Presse“.

Leipziger

Neueste Nachrichten

Weitans größte Tageszeitung Mitteldeutschlands Das Familienblatt Leipzigs

Postbezugspreis monatlich Mk. 20.— frei Haus.

Ausführliche Handels-Nachrichten und Kursnotierungen von allen bedeutenden Wirtschaftsplätzen des In- und Auslandes.

Vielbeachtete tägliche Leitartikel

würdigen die wichtigsten politischen und Tagesereignisse in freimütiger Kritik von hoher vaterländischer Warte.

Umfangreicher Nachrichtendienst vom In- und Auslande.

Eines der verbreitetsten, meistbenutzten und wirksamsten Ankündigungsmittel.

Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Peterssteinweg 19.

Gans m. Laden

ob. Luth. 10f. best. an 130 000 a. v. r. No. 4 Nr. 4168 an die „Bad. Presse“.

Waschkommode

für Herren, Damen, Kinder in 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u